

„Die Polarisierung wächst“

VON SHARON CHAFFIN, NZ

NÜRNBERG — Am Montag ist Weltflüchtlingstag: Anlass genug, an 9,2 Millionen Menschen zu denken, die ihre Heimat verlassen mussten. Wie lassen sich Zuwanderung und Integration besser regeln? Experten suchen unter dem Motto „Migration — Herausforderung für Europa“ noch bis zum heutigen Samstag auf einer Tagung im Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) nach Antworten.

Seine flammende Verteidigungsrede hebt sich der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Albert Schmid, für den Schluss auf: „Wer mangelnden Rechtsschutz in Deutschland beklagt“, empört er sich, „dem empfehle ich ein Rechtsschutzstudium in Frankreich“. Auch in Großbritannien und den Niederlanden werde die Zuwanderungspolitik restriktiver gehandhabt als in der Bundesrepublik, führt er auf Einladung der Katholischen Akademie in Bayern und der Akademie der Erzdiözese Bamberg aus.

Schmidts Kritiker dürfte der Verweis auf andere europäische Staaten relativ kalt lassen. Denn führende Wohlfahrts- und Menschenrechtsverbände haben nun einmal die Asylpraxis der Nürnberger Bundesbehörde untersucht und sind zu einem beschämenden Urteil gekommen: Die Behandlung von Asylbegehren in Deutschland widerspreche Vorgaben des Völker- und Verfassungsrechts. Außerdem seien angesichts weltweiter Folter und Unterdrückung die 960 Anerkennungen als Asylberechtigte des Jahres 2004 zu wenig, bemängeln unter anderem Pro Asyl und Amnesty International.

Schmid weist Kritik weit von sich

Schmid sieht das anders: „Diese Kritik ist zu pauschal — da müssen schon Einzelfälle genannt werden.“ Die Asylbewerberzahl, die europaweit und eben auch in Deutschland stetig zurückgehe, liege unter anderem an einer veränderten Situation in den Herkunftsländern. „Die Lage in Afghanistan ist anders als zu Zeiten der Taliban, und im Irak regiert auch nicht mehr Saddam Hussein.“

Allein 2004 seien 9961 Flüchtlinge freiwillig aus Deutschland in ihr Heimatland zurückgekehrt, 23 334 mussten zur Ausreise gezwungen werden. „Den Begriff der Abschiebung hätte ich gerne im Zuwanderungsgesetz gestrichen gesehen“, sagt der 59-Jährige, „das klingt irgendwie, als betreffe es Gegenstände.“

Überhaupt ist der Jurist über das Behörden-Deutsch nicht besonders glücklich. Auch den Terminus „Bestandsausländer“ für Migranten, die schon länger in Deutschland leben, findet er nicht so schön. Umso mehr freut er sich über deren Engagement, an den im Zuwanderungsgesetz vorgeschriebenen Sprachkursen frei-



Viele Flüchtlinge aus Afrika versuchen illegal nach Europa zu kommen — auch dieser junge Mann. Er landete in einem Auffanglager im italienischen Lampedusa. Foto: rtr

willig teilzunehmen. „Viele haben sich selbst gemeldet — das bestätigt ihren Integrationswillen.“

Aber nicht alle Ausländer, die mitunter sogar in Deutschland geboren wurden, wollen sich in die Gesellschaft einfügen. Der Migrationsexperte Klaus J. Bade nennt in diesem Zusammenhang so genannte Ethno-Clans, die beispielsweise im Berliner Stadtteil Neukölln ihre eigenen sozialen Strukturen geschaffen hätten. Es sei alarmierend, dass unzulänglich

integrierte Jugendliche mit Migrationshintergrund immer aggressiver auftreten, warnt der Direktor des Instituts für Migrationsforschung in Osnabrück. Viele deutsche Heranwachsende würden im Gegenzug Fremden ablehnend gegenüberstehen. „Die Polarisierung wächst“, sagt Bade. Deshalb müsse Deutschland noch mehr für die Eingliederung der Ausländer tun. „Was wir jetzt nicht in Integrationsmaßnahmen investieren, kommt uns später teuer zu stehen.“

Nürnberg
zeitung
18.6.05